

## Kinderärztin referiert über Erste Hilfe

■ **Verl (nw).** Die Krankenkasse Barmer und die Verler Kinderärztin Andrea Kleinerüschkamp bieten interessierten Eltern einen Vortrag zum Thema „Erste Hilfe am Kind“ an. Er findet statt am Montag, 6. März, um 20 Uhr im Seminarraum des Deutschen Roten Kreuzes in der Bahnhofstraße 42 in Verl. Das Seminar ist für Eltern mit Kindern im Alter bis zwölf Jahre gedacht. Der Eintritt ist kostenfrei. Anmeldung bei der Barmer in Gütersloh unter Tel. (0 80 03) 3 30 04 50 17 49.

## „Flohmarkt mit Flair“ an der Schützenhalle

■ **Verl (nw).** Der „Flohmarkt mit Flair“ gastiert am Sonntag, 12. Februar, in und an der Verler Schützenhalle. Wer mag kurzfristig noch auf dem Hallenvorplatz seine Waren ausbreiten. Der Aufbau der Stände beginnt um 8 Uhr, ab 10 Uhr kann im bunten Angebot der privaten Hobbytrödlerr gestöbert werden. Der Halleneintritt für Besucher sowie alle Parkplätze sind wie immer kostenlos. Für das leibliche Wohl wird gesorgt.

## Vorstandswahlen beim Hegering

■ **Verl (nw).** Der Hegering Verl lädt ein zu seiner Mitgliederversammlung am Freitag, 10. Februar, um 19.45 Uhr im Kautnitzer Krug in Kaunitz. Im Mittelpunkt steht neben den Jahresberichten, der Vorstellung der geplanten Aktivitäten sowie der Hegering die Neuwahl des Hegering-Vorstandes. Über aktuelle Fragen des Jagdrechts referiert Walter Hubertus Jäcker aus Bad Oeynhausen. Er informiert zu Jagderlaubnis, Jagdübungsrecht, Waffentransport, befriedete Bezirke und anderes.

## Filmabend der Georgschützen

■ **Verl-Sürenheide (nw).** Der Filmabend der St.-Georg-Schützenbruderschaft Sürenheide findet am Samstag, 11. Februar, ab 19 Uhr im Haus Ohlmeyer statt. Gezeigt werden die Filme vom Diözesan-Jungschützenfest und vom Schützenfest 2016, „Bilder des Jahres“ und der Film des Schützenfestes von 1996.



**Konzept:** Die Schulleiter Matthias Hermeler, Tanja Heinemann, Bernhard Hilgenkamp (vorn, v.l., es fehlt Maria Lindner) unterzeichneten im Beisein von Vanessa Ogan (hinten, v. l.), Heike Bremer, Stefanie Blumenthal, Christof Varlemann, Patrick Bullermann und Peter Köching die Vereinbarung. FOTO: ROLAND THORING

## Gemeinsam gegen den Drogenkonsum

**Prävention:** Die vier Schulen wollen vorbeugen und vereinbaren Handlungsanweisungen

■ **Verl (rt).** Weggehen, so die Erfahrung von Realschulleiter Bernhard Hilgenkamp, hilft niemandem. Nicht den Betroffenen, nicht den Schulen. Weil das so ist, weil Drogenkonsum ein gesellschaftliches Problem darstellt, das auch vor Schulen nicht halt macht, und weil die Schulen im Schulzentrum schon bedingt durch ihre räumliche Nähe im selben Boot sitzen, haben sie ein gemeinsames Konzept zum Umgang mit drogenkonsumierenden Jugendlichen entwickelt. Ein kreisweit bislang einmaliges Projekt.

Ein Drogenproblem habe man im Schulzentrum nicht, betonen die vier Leiter von Gymnasium, Gesamt-, Real- und Hauptschule. Man wolle präventiv tätig werden, abgestimmt gemeinsam dagegen vorgehen und Schüler wie Eltern aufklären; beispielsweise mit einem Infoabend am Dienstag, 21. Februar, um 18 Uhr im Pädagogischen Zentrum der Hauptschule. Eine drogenfreie Schule sei eine Illusion, sagt Peter Köching von der Fachstelle für Drogenberatung bei der Gütersloher Caritas. Statistisch habe jeder sechste 15-Jährige eigene Erfahrungen mit Cannabis. „Das ist ein Fakt. Ein Problem ist es, wenn ich nicht weiß, wie ich damit umgehen muss.“ Die Lehrerkollegien an den

vier weiterführenden Schulen wissen es. Seit dem Sommer haben die Schulleitungen unterstützt von ihren Ansprechpartnern im Ernstfall, der Caritas-Drogenberatung, der Kreispolizeibehörde, dem städtischen Jugendamt und der Schulsozialarbeit, Leitfäden für zwei Szenarien entwickelt: Wie ist damit umzugehen, wenn ein Schüler durch Drogenkonsum auffällt, und wer ist in welcher Reihenfolge einzuschalten, wenn mit Drogen gehandelt wird? Eine strafrechtliche Verfolgung von Drogen-delikten sei keine pädagogische Intervention, sagt Peter Köching. „Da ist es wichtig, dass Schulen hinterherfassen.“

Bernhard Hilgenkamp hat diese Erfahrung vor eininhalb Jahren gemacht. Da wurde das Thema nicht totgeschwiegen, als er Hinweise von Jugendlichen erhielt, die bei Mitschülern Verhaltensänderungen und Drogenkonsum beobachtet hatten. Die Schule griff ein, drohte den Betroffenen sogar mit dem Rauswurf. „Wir haben die beiden Fälle gelöst“, sagt Hilgenkamp, „seitdem hatten wir nichts mehr.“ Im Gegenteil: Einer der Betroffenen kam unlangst zu ihm und bedankte sich – er hatte es schließlich immerhin noch zum Hauptschulabschluss gebracht.



**Beziehen Stellung:** Die Landtagskandidaten des Wahlbezirks III (96) positionieren sich im BANG-Trainingszentrum zum Thema Arbeitsmarkt. Unser Foto zeigt (v.l.) Ulrich Klotz (FDP), Moderator Markus Kamann (Geschäftsführer BANG), André Kuper (CDU), Jan Michael Goldberg (SPD) sowie Sonja von Zons (Grüne). FOTOS: KAP

# Viele Chancen auf dem Arbeitsmarkt

**BANG:** Die Landespolitiker aller Parteien sprechen sich für die Stärkung des Fachhochschulstandortes Gütersloh aus. Der Einstieg in den Beruf soll erleichtert werden

Von Karin Prignitz

■ **Verl.** „Wie kann der Arbeitsmarkt in regionalem Rahmen verbessert, stabilisiert und optimiert werden?“ André Kuper (CDU), Jan Michael Goldberg (SPD), Sonja von Zons (Bündnis 90/Die Grünen) und Ulrich Klotz (FDP), die Kandidaten des Wahlkreises Gütersloh III (96), haben dazu im Trainingszentrum des Beruflichen Ausbildungszentrums im Gewerbebereich (BANG) vor Vertretern von Mitgliedsbetrieben, Auszubildenden und Regionalpolitikern Stellung bezogen. Einigkeit herrschte in einem Punkt: „Der Fachhochschulstandort Gütersloh muss gestärkt werden.“

### AUSBILDUNG

Nach Angaben von pro Wirtschaft GT lag die Zahl der Auszubildenden im Kreis Gütersloh im Jahr 2009 bei 7.274. Im Jahr 2015 gab es 7.203 Auszubildende. Ulrich Klotz erinnerte an eine Umfrage unter Gewerbetreibenden der Stadt. Die Verler Unternehmen hatten Defizite in der Ausbildungsreife der Jugendlichen ausgemacht und in deren grundsätzlicher Verfüg-

barkeit. Sicherlich sei Akademisierung ein wichtiger Punkt, betonte Klotz, „aber wir dürfen nicht vergessen, dass die Nachfrage gerade im berufsbildenden Bereich groß ist.“

Deshalb müssten die Berufskollegen gefördert werden und das Bewusstsein, „dass das Abitur eine von vielen Möglichkeiten ist“, Konsens herrschen in der Stärkung der dualen und trialen Ausbildung. „Wir brauchen eine individuelle Förderung“, betonte André Kuper. Nur so könnten auch Schwachqualifizierte an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Jan Michael Goldberg plädierte für eine Stärkung des örtlichen Handwerks und des sozialen Wohnungsbaus. „Dass nur jeder vierte Betrieb in OWL ausbildet, daran müssen wir etwas ändern“, forderte Sonja von Zons. Sie sprach sich für eine Ausbildungsplatzabgabe aus. Ulrich Klotz appellierte stattdessen an die Eigenverantwortung. Jan Michael Goldberg unterstrich, dass mehr Azubis nach der Lehre übernommen werden müssten. Von Zons sieht in der Wanderung von Flüchtlingen „ein Riesenzugpotenzial, das wir nutzen müssen.“



**Diskussion:** Teilnehmer Alexander Paul (35) möchte wissen, warum es so schwierig ist, in Firmen einen Praktikumsplatz zu bekommen.

### WEITERQUALIFIZIERUNG

Wichtig sei es, sagte Jan Michael Goldberg, „Chancen aufzuzeigen, die man nicht im Blick hat“. Vielen sei nicht bewusst, was sie mit und auch neben der Ausbildung machen können. Schulen und Betriebe müssten deshalb „konkreter aufzeigen, was möglich ist“. André Kuper verwies in Sachen Weiterbildung und Arbeitsplatzsicherung auf „Industrie 4.0.“

Hinter diesem Begriff verbirgt sich die Verzahnung der Produktion mit modernster Informations- und Kommunikationstechnik. Treibende Kraft dieser Entwicklung ist die rasant zunehmende Digitali-

sierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Schwarz zu sehen, dafür gebe es keinen Grund, sagte Ulrich Klotz. „Unsere Marktwirtschaft ist flexibel und reagiert auf solche Situationen.“ „Einen Wandel in dieser Geschwindigkeit gab es aber noch nie“, entgegnete ein Besucher.

### ARBEITSLOSIGKEIT

Die Jugendarbeitslosenquote im Kreis lag im Januar bei 4,8 Prozent. Goldberg berichtete von einem SPD-Modellprojekt, das aufgebaut werden soll, um den sozialen Arbeitsmarkt zu testen. „Nicht mehr Arbeitslosigkeit finanzieren, sondern den sozialen Arbeitsmarkt“, das unterstützte auch von Zons.

André Kuper berichtete, die Zahl der Langzeitarbeitslosen sei am Anfang des Jahres 2016 bereits zurückgegangen. Er sprach sich für mehr Nachqualifizierungsangeboten aus. „Darin sehe ich auch eine Chance, dem Fachkräftemangel zu begegnen.“ Langzeitarbeitslosigkeit müsse durch einen Abbau von Bürokratie entgegengewirkt werden, forderte Klotz. „Nur so kann der Einstieg in den Arbeitsmarkt leichter werden.“

Moderator Markus Kamann, Geschäftsführer des BANG-Trainingszentrums, kündigte an, dass „BANG-Inklusiv“ (Inklusion) noch in diesem Jahr an den Start gehen soll. Mit niederschweligen Angeboten könne der Sprung in den ersten Arbeitsmarkt erleichtert werden. Warum es so schwierig sei, einen Praktikumsplatz in den örtlichen Firmen zu bekommen, wollte Azubi Alexander Paul (35) wissen. Er bekam die Zusage von Markus Kamann, sich darum zu kümmern.

### FACHKRÄFTEMANGEL

Nach den vom IHK-Fachkräftemonitor für das Land Nordrhein-Westfalen ermittelten Zahlen zum Angebot und der Nachfrage in allen Branchen der Industrie- und Handelskammer Bielefeld ist ein Fachkräftemangel in Ostwestfalen abzulesen. Deutlich am stärksten nachgefragt sind beruflich Mittelqualifizierte. 2016 gab es im Vergleich zu den Angeboten eine 6,1 Prozent höhere Nachfrage. Die etwa viermal geringeren Zahlen der Hochqualifizierten weisen nach der Statistik ein Minus von knapp elf Prozent an Angeboten aus.

## „Radverkehr zumindest in Teilabschnitten nicht zulässig“

**Ortsdurchfahrt:** Zu den Engstellen auf dem Geh- und Radweg an der Gütersloher Straße hat sich auch die Bezirksregierung geäußert. Eine Entscheidung, ob Radfahrer jetzt die Landesstraße benutzen dürfen oder müssen, ist das aber noch nicht

■ **Verl (rt).** Die Straßenlaternen, die im Abschnitt der Gütersloher Straße zwischen den Einmündungen zum Meierhof und Amselweg mitten auf dem neuen Geh- und Radweg der Ortsdurchfahrt stehen, beschäftigen jetzt auch die Detmolder Bezirksregierung. In einem Schreiben an das Rathaus bezeichnet die Aufsichtsbehörde diese Laternen als „Planungsmangel“. Es sei „ein Umsetzen der vorhandenen Einbauten“ erforderlich, „wenn dort Radverkehr zugelassen werden soll.“

Die Bezirksregierung habe wegen des Problems der Radverkehrsführung auf der umgestalteten Ortsdurchfahrt mit der obersten Straßenver-

kehrsbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen beim Verkehrsministerium in Düsseldorf Rücksprache gehalten. Das Ergebnis: Das Ministerium stimme mit der Bezirksregierung überein, „dass Radverkehr auf den Nebenanlagen der Ortsdurchfahrt Verl mit den derzeitigen Einbauten zumindest in Teilabschnitten rechtlich nicht zulässig ist“. Bei der Markierung des erforderlichen Sicherheitsstreifens zur Straße hin bliebe neben den Laternen eine Restbreite für die Fußgänger- und Radverkehr von 1,40 beziehungsweise 1,60 Metern, „was in keinster Weise ausreicht, um Radverkehr hier zuzulassen“. Detmold sehe sich „leider gefor-



**Engstelle:** Auf der Nordseite der Gütersloher Straße stehen mehrere Laternen mitten auf dem Geh- und Radweg.

FOTO: ROLAND THORING

dert, Stadt und Straßenverkehrsbehörde Verl auf diese rechtlichen Bestimmungen hinzuweisen.“

Das sei eine Einschätzung und kein abschließendes Ur-

teil, sagt dazu Werner Landwehr, Leiter des Fachbereichs Sicherheit und Ordnung im Verler Rathaus. Die Stadt sitze weiter „zwischen den Stühlen“: Auf der einen Seite das an dem Straßenumbau beteiligte Planungsbüro BSV mit seinem Verkehrsingenieur, das auf dem Standpunkt steht, der Geh- und Radweg sei so gebaut, dass er auch gefahrlos genutzt werden könne. Auf der anderen Seite aber das Land beziehungsweise die Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde. Die Stadt hatte deshalb die Benutzungspflicht für den Radweg innerhalb der Ortsdurchfahrt aufheben wollen: Dann hätte jeder Radfahrer selbst entscheiden können, ob

er lieber auf oder neben der Landesstraße fährt. Der Rat hatte das Thema aber im Dezember vertagt und will darüber erst Ende dieses Monats entscheiden. Landwehr kündigte deshalb an, in der kommenden Woche die Bezirksregierung erneut anzuschreiben und um eine förmliche Entscheidung zu ersuchen. Dem Planungsbüro hat die Stadt für eine Stellungnahme bereits eine Frist gesetzt.

Eines wird nicht passieren: Die Straßenlaternen werden nicht umgesetzt. Das, so haben genauere Untersuchungen ergeben, könnte wegen der im Untergrund verlaufenden Versorgungsleitungen bis zu 300.000 Euro kosten.